

Pressemitteilung

4. März 2019

INSM Renten-Monitor **Zu viel Fake News in der Rentendebatte**

Berlin – Dass die Renten auch bei sinkendem Rentenniveau weiter steigen werden, weiß nur etwa jeder Zweite (53 Prozent). Mehr als ein Drittel (35 Prozent) der Bundesbürger glaubt hingegen fälschlicherweise, dass bei einem sinkenden Rentenniveau auch die Höhe der ausgezahlten Renten sinken würde. Das sind die aktuellen Ergebnisse des INSM-Rentenmonitors, einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung durch das Online-Meinungsforschungsinstitut Civey. Jeweils rund sechs Prozent antworten auf die Frage, was es bedeute, wenn das Rentenniveau sinkt, mit "Weiß nicht" oder "Etwas anderes".

INSM-Geschäftsführer **Hubertus Pellengahr**: "Im Zeitalter von "Fakenews" sollte es für Politik und Medien eine Selbstverständlichkeit sein, mit Begriffen besonders sorgfältig umzugehen. Dennoch ist es offensichtlich in der Rentendebatte nicht gelungen, grundlegende Begriffe richtig und verständlich zu erklären. Wenn mehr Menschen wüssten, dass die Renten auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter steigen werden, hätten sie auch mehr Vertrauen in unser zentrales Altersvorsorgesystem. Politikerinnen und Politiker, die bewusst oder unbewusst suggerieren, ein sinkendes Rentenniveau hätte auch sinkende Renten zur Folge, schüren gefährliche Zukunftsängste und spielen so Sozial-Populisten in die Hände."

Zur Information: Die <u>Deutsche Rentenversicherung</u> erklärt: "Ein Absinken des Rentenniveaus heißt nicht, dass die Brutto-Renten sinken. Das ist durch die Rentengarantie sogar gesetzlich ausgeschlossen. Sie werden auch künftig steigen, aber nicht so stark wie die Einkommen."

Details zu den Umfrageergebnissen und zahlreiche Grafiken finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.